

Nr. 11	Urteil vom 17. Dezember 1953 (1 BvR 323/51). Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951. Verf. Beschw. von Angestellten . . .	162
Nr. 12	Urteil vom 17. Dezember 1953 (1 BvL 59/52). § 52 Satz 1 erster Halbsatz des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951 in der Neufassung vom 1. September 1953. Gemeindeangestellte in Schleswig-Holstein . . . . .	187
Nr. 13	Urteil vom 17. Dezember 1953 (1 BvL 123/52). § 77 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951. Gemeindebeamte in Rheinland-Pfalz . . . . .	208
Nr. 14	Urteil vom 17. Dezember 1953 (1 BvR 335/51). Umfang des in Art. 131 GG umschriebenen Personenkreises. Grenzen des Prüfungsrechts bei Verf. Beschw. gegen Urteile . . . . .	213
Nr. 15	Urteil vom 18. Dezember 1953 (1 BvL 106/53). Bedeutung des Art. 117 Abs. 1 GG / Voraussetzungen der Nichtigkeit von Verfassungsnormen . . . . .	225
Nr. 16	Urteil vom 18. Dezember 1953 (1 BvR 230/51). Bedeutung des Art. 103 Abs. 3 GG. Auslegung des Grundsatzes „ne bis in idem“ im Strafbefehlsverfahren . . . . .	248
Nr. 17	Beschluß vom 14. Januar 1954 (1 BvR 409/53). Begründung eines Beamtenverhältnisses auch ohne Aushändigung einer Ernennungsurkunde in der Zeit nach dem Zusammenbruch . . .	255
Nr. 18	Beschluß vom 10. Februar 1954 (2 BvN 1/54). Begriff der „Entscheidung“ des BVerfG im Sinne von Art. 100 Abs. 3 GG	261
Nr. 19	Urteil vom 24. Februar 1954 (2 BvQ 1/54). Durchführung des nordrh.-westf. Schulgesetzes vom 8. April 1952 im ehemaligen Lande Lippe. Zulässigkeit eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung auch vor Anhängigkeit der Hauptsache. Zuständigkeit des BVerfG für einen Streit über einen Eingliederungsvertrag zwischen dem durch die Eingliederung untergegangenen und dem aufnehmenden Land . .	267
Nr. 20	Urteil vom 26. Februar 1954 (1 BvR 371/52). Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951. VerfBeschw. von ehemaligen Berufssoldaten und Versorgungsempfängern der ehemaligen Wehrmacht . . . . .	288
Nr. 21	Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvR 138/52). Keine Festsetzung des Streitwerts für Berechnung der Armenanwaltsgebühren im Verfahren betr. VerfBeschw. . . . .	352
Nr. 22	Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvO 2/53). Entscheidung über die Fortgeltung einer Norm als Bundesrecht. Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Vorlage nach § 86 Abs. 2 BVerfGG . . . . .	354
Nr. 23	Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvO 4/53). Entscheidung über die Fortgeltung einer Norm als Bundesrecht. Voraus-	

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

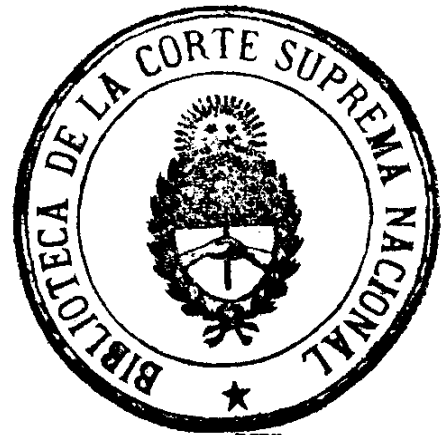
3. Band

BIBLIOTECA DE LA CORTE SUPREMA	
N. DE ORDEN	28501
UBICACION	2-104
TITULO MATERIA	



1954

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN



## INHALT

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	VII
Nr. 1 Beschluß vom 12. Mai 1953 (1 BvR 205/52). Verfassungsbeschwerde betr. Maßnahmen zur Durchführung der Hess. Bodenreform . . . . .	1
Nr. 2 Urteil vom 24. Juli 1953 (1 BvR 293/52). Vergütung für Besatzungsschäden. Hess. Gesetz zur Sicherung der Haushaltsführung vom 1. Febr. 1950. Sachgerechte finanzielle Erwägungen bei Erlaß eines Gesetzes schließen die Annahme willkürlicher Regelung aus . . . . .	4
Nr. 3 Urteil vom 29. Juli 1953 (2 BvE 1/53). Umfang der Rechte des Bundesrats im Gesetzgebungsverfahren. Bedeutung der Äußerung des Bundesrats zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung im ersten Durchgang . . . . .	12
Nr. 4 Urteil vom 1. August 1953 (1 BvR 281/53). Verfassungsbeschwerde der Gesamtdeutschen Volkspartei gegen das Bundestagswahlgesetz vom 8. Juli 1953. Recht einer politischen Partei auf gleiche Chancen bei der Zulassung zur Wahl . . . . .	19
Nr. 5 Urteil vom 1. August 1953 (1 BvR 459/52). Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952. Voraussetzungen für den Erlaß einer einstweiligen Anordnung im Verfahren betr. Verf. Beschw. gegen ein Gesetz . . . . .	34
Nr. 6 Beschluß vom 11. November 1953 (1BvR 512/53). Verfassungsbeschwerde gegen Zurückweisung eines Wahlvorschlags . . . . .	39
Nr. 7 Beschluß vom 11. November 1953 (1 BvR 444/53). Verfassungsbeschwerde bad.-württ. Landkreise gegen das bad.-württ. Gesetz zur vorläufigen Angleichung des Kommunalrechts vom 13. Juli 1953. Voraussetzungen für den Erlaß einer einstweiligen Anordnung . . . . .	41
Nr. 8 Beschluß vom 11. November 1953 (1 BvL 67/52). Gemeindevahlgesetz von Schleswig-Holstein vom 3. Februar 1951. Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl . . . . .	45
Nr. 9 Urteil vom 10. Dezember 1953 (2 BvQ 1,2/53). Durchführung der Beschlüsse des Bayer. und des Hess. Landtags auf Gewährung von Weihnachtzuwendungen 1953. Voraussetzungen für den Erlaß einer einstweiligen Anordnung im Verfassungsrechtsstreit . . . . .	52
Nr. 10 Urteil vom 17. Dezember 1953 (1 BvR 147/52). Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951. Verf. Beschw. von Beamten und Versorgungsempfängern . . . . .	58

	setzungen für die Zulässigkeit einer Vorlage nach § 86 Abs. 2 BVerfGG . . . . .	357
Nr. 24	Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvR 537/53). VerfBeschw. gegen Entscheidung eines Gerichts wegen Verletzung von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . .	359
Nr. 25	Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvR 397/51). Festsetzung des Streitwertes im Verfahren betr. VerfBeschw. bei Vorliegen besonderer Gründe . . . . .	366
Nr. 26	Beschluß vom 28. April 1954 (1 BvL 85/53). Keine Feststellung der Unvereinbarkeit deutschen Rechts mit Besatzungsrecht im Verfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG . . . . .	368
Nr. 27	Beschluß vom 29. April 1954 (1 BvR 328/52). Der Grundsatz, daß niemand in eigener Sache Richter sein kann, ist nicht auf Entscheidungen einer Verwaltungsbehörde über Rechtsbehelfe im einfachen Verwaltungsverfahren übertragbar . . . . .	377
Nr. 28	Urteil vom 3. Juni 1954 (1 BvR 183/54). Wahlgesetz von Nordrhein-Westfalen vom 26. März 1954. Recht auf gleiche Chancen bei der Zulassung politischer Parteien zu der Landtagswahl .	383
Nr. 29	Beschluß vom 16. Juni 1954 (1 PBvV 2/52). Rechtsgutachten über die Zuständigkeit des Bundes zum Erlaß eines Baugesetzes . . . . .	407
	Die Richter des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	441
	Register . . . . .	443
	A. Gesetzesregister . . . . .	443
	B. Sachregister . . . . .	447